
Antrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragsteller Klubobmann Dominik Oberhofer)

betreffend:

Verpflichtende Schulungen für PHT-Studierende und BAfEP-Schüler_innen im Bereich Gewaltprävention für Kinder und Jugendliche

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, an das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit der Forderung heranzutreten, verpflichtende Schulungen zu (sexualisierter) Gewalt an Kindern und Jugendlichen für Schüler_innen und Studierende an der Pädagogischen Hochschule Tirol und den Bildungsanstalten für Elementarpädagogik anzustreben.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Gesellschaft, Kultur, Sport

Begründung:

In der Oktober-Sitzung des Landtags wurde die Aufnahme der Vermittlung der Inhalte der Kinderrechtskonvention in alle Lehr- und Ausbildungspläne (GZ 396/20) einstimmig angenommen. Ein erster wesentlicher Schritt in Sachen Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft spricht sich in ihrem Tätigkeitsbericht 2018/19 jedoch für zusätzliche Anstrengungen in diesem Bereich aus.

Deshalb fordern wir verpflichtende Schulungen zu (sexualisierter) Gewalt an Kindern und Jugendlichen für alle Schüler_innen und Studierenden, sowohl an der Pädagogischen Hochschule Tirol, als auch an den Bildungsanstalten für Elementarpädagogik.

Seit 2018 besteht etwa mit der Pädagogischen Hochschule Tirol eine entsprechende Zusammenarbeit. So wurde eine Fortbildungsreihe für Lehrpersonen umgesetzt, in denen es um Kinder als Opfer von häuslicher Gewalt ging. Insgesamt wurden 577 Pädagog_innen erreicht.

Im Rahmen einer Bedarfserhebung zum „Gewaltschutzplan für den Kinder- und Jugendbereich“ der Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol wurde jedoch festgestellt, dass noch großer Handlungsbedarf im Kinderschutz, sowie in der Gewaltprävention besteht (Vgl. Tätigkeitsbericht der Kija 2018/19, Seite 60 ff.). So wird hier unter anderem gefordert, dass „klar kommuniziert werden muss, dass alle, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, gewisse Rahmenbedingungen schaffen, Maßnahmen umsetzen, Schulungen besuchen müssen etc. Die Umsetzung derartiger Verpflichtungen muss jedenfalls einer Kontrolle unterliegen.“

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'S. J. ...' with a long horizontal stroke at the end.A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Andreas ...' with a large loop at the end.

Innsbruck, am 10. Dezember 2020